

Zukunft und würdigt um deretwillen die Vergangenheit. Angenehm unpräzise versucht sie erst gar nicht, alle im Zusammenhang mit dem Zypernkonflikt aufgeworfenen und anderswo schon thematisierten Fragen erneut aufzubereiten.

Eine Einführung stellt kurz die Entwicklung des Zypernkonflikts von der Unabhängigkeit im Jahre 1959 bis heute dar, wobei die türkische Invasion im Jahre 1974 eine Zäsur ausmacht. Es werden dann Fragen des Selbstbestimmungsrechts der zyprischen Volksgruppe und auch vor diesem Hintergrund die Frage der Rechtmäßigkeit der Invasion erörtert. Es folgt eine ausführliche Darstellung der Lage im türkischen Nordteil der Insel. So ist der Boden bereitet für das Weitere: Erörterung eines "Teilordnungsmodells" (dies mit dem Versuch, frühere deutsche Lehren fruchtbar zu machen), sodann eingehend eine Untersuchung der "völker- und staatsrechtlichen Rahmenbedingungen" für eine Reorganisation der Republik Zypern. Die Invasion von 1974 hält von Laffert für völkerrechtswidrig, die türkische Republik Nordzypern für ein de facto-Regime, dessen Anerkennung anderen Staaten völkerrechtlich verboten sei. Die Republik Zypern bestehe als ein die ganze Insel umfassender Staat fort; für den Fall der Wiedervereinigung bedürfe es eines "neuen Garantiesystems", dessen Konturen der Autor zu umreißen sucht. In diesem Zusammenhang werden auch Fragen von Restitution und Entschädigung erörtert. Zypern solle am besten bundesstaatlich organisiert werden, nicht aber zweigliedrig, sondern mit einer Vielzahl von Gliedstaaten.

Es ist hier nicht der Raum, die Zweifel näher darzulegen, die sich gegenüber der Suche des Autors nach Parallelen zwischen den zyprischen Verhältnissen und der früheren Rechtslage Deutschlands anmelden lassen (sie werden übrigens in der Arbeit durchaus nicht unterdrückt). Unabhängig davon verdienen vor allem die Überlegungen zur Selbstbestimmung und zur Maßstäblichkeit der Menschenrechte im Aufbau einer (einstweilen noch hypothetischen) staatlichen Ordnung für ganz Zypern und dessen Schicksal hinaus Interesse.

*Philip Kunig*

*Alex G. Oude Elferink*

**The Law of Maritime Boundary Delimitation: A Case Study of the Russian Federation**  
Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht / Boston / London 1994, 431 pp., US\$ 150.00  
(Publications on Ocean Development, Vol. 24)

Diese breit angelegte und gut dokumentierte Studie über die Seegrenzen der Russischen Föderation enthält mehr, als der Titel verspricht. Zum einen verbirgt sich unter "Part 1" mit über 100 Seiten eine wertende Gesamtdarstellung des geltenden Völkerrechts der Findung von Seegrenzen in ihrer unauflösbaren Gemengelage von Vertragsrecht (VN-Seerechtsübereinkommen von 1982/94), Staatenpraxis und internationaler Streitregelung.

Andererseits bietet die Russische Föderation in ihrer transkontinentalen Ausdehnung, namentlich unter Einbeziehung der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, eine Gelegenheit, die Seegrenzverhältnisse von Norwegen bis Japan, vom Schwarzen Meer bis zum Weißen Meer und von der Ostsee bis zum Ochotskischen Meer für 12 unmittelbare Nachbarstaaten und eine Reihe weiterer Staaten der Region zu untersuchen.

Damit ist die Gliederung des Buches vorgegeben. Ein sehr knapper "Part 2" ist der nationalen Seerechtsdoktrin und der Gesetzgebung gewidmet, wobei die sowjetischen "Eigentümlichkeiten" wie überzogene Basislinien und die tiefe Abneigung gegen internationale Gerichtsbarkeit nicht verschwiegen werden.

Der Hauptteil des Buches "Part 3" analysiert in vier Kapiteln die russischen Seegrenzen in der Ostsee, im Nördlichen Eismeer, im Schwarzen Meer und im Nordwestpazifik. In einer einheitlichen Systematik beschreibt der Verfasser zunächst die Besonderheiten des Gebietes, dann die Seegrenzpraxis der Nachbarstaaten, um schließlich die bilateralen Seegrenzen der Russischen Föderation zu präsentieren. Wo eine Grenze noch offen ist – z.B. mit Norwegen, Japan, Rumänien und Litauen – findet der Leser hier (und im Schlußteil 4 des Buches) alles Erforderliche über nationale Ansprüche und Verhandlungsstand. Trotz dieser Ausführlichkeit bleiben einige verzeihliche Lücken: Das Kaspische Meer mit dem Iran als Nachbar bleibt ausgespart. Lettland, zwar ohne gemeinsame Seegrenze mit Rußland, aber wichtiger Nachfolgestaat, findet sich nur in einigen Fußnoten. Die Åland-Inseln hätten wegen ihres Sonderstatus erwähnt werden können.

Angesichts der epochalen Veränderungen des russischen Staates ist es verständlich, daß nationale Regelungen z.T. noch fehlen oder zur Novellierung anstehen, wie z.B. das Festlandssockelgesetz. Dennoch stellt man überrascht fest, wie viele Grenzfestlegungen in den letzten 40 Jahren gefunden wurden und wie viele geographische, wirtschaftliche, militärische und politische Besonderheiten eine Rolle spielten.

Dem Verfasser gelingt es dabei in einer nüchternen Bilanz im Schlußteil des Buches die große Bedeutung des völkerrechtlichen Instrumentariums der Seegrenzfindung aufzuzeigen, die allerdings gerade im Falle Rußlands häufig vom politischen Verhalten überlagert wurde und dennoch zu stabilen Seegrenzen im Verhandlungswege führte.

*Uwe Jenisch*

*Arie Bloed / Ramses A. Wessel*

**The Changing Functions of the Western European Union (WEU)**

Introduction and Basic Documents

Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht / Boston / London 1994, 220 pp., £ 72.00

This helpful collection of documents meant for politicians, government officials and academics is of particular interest at a time when the WEU has to develop into the Euro-